

Riefaer Tageblatt



Drahtanschrift
Tageblatt Riefa,
Herausf. Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Meißner bezüchtlich bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1530,
Strohkasse:
Riefa Nr. 52.

Nr. 216.

Dienstag, 16. September 1930, abends.

88. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für den 30 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Jahres (8 Seiten) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Riefanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ranges & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittich, Riefa.

Dr. Curtius vor der Völkerbundsversammlung.

Endliche Erfüllung der Aufgaben des Völkerbundes gefordert.

Der Schluß der Genfer Generaldebatte.

Genf. (Funkpruch.) Der heutige letzte Tag der allgemeinen Aussprache über den Bericht des Generalsekretärs begann mit einer Rede des italienischen Delegierten Scialoja, der die Abrüstung als eine bringendste Aufgabe des Völkerbundes bezeichnete und betonte, daß die von Genferkonvention entwickelten Richtlinien mit dem der italienischen Regierung übereinstimmen. Die Sicherheit sei eines der Momente, die bei der Festlegung des Maßes der Abrüstung berücksichtigt werden müssen, aber nicht die Voraussetzung der Abrüstung. Zum europäischen Plan übergehend sprach Scialoja das grundsätzliche Einverständnis Italiens mit einer engeren Zusammenarbeit der europäischen Staaten aus, warnte aber davor, gewisse Probleme, die in Wirklichkeit universellen Charakter hätten, als europäisch zu betrachten und darauf ein neues System aufzubauen. Die europäische Föderation werde das Ergebnis einer sehr langen Entwicklung sein, wie sie seit dem Mittelalter die europäischen Völker kennzeichnete.

Von lebhaftem Beifall begrüßt, befragt darauf

der deutsche Außenminister Dr. Curtius

die Tribüne.

Genf. (Funkpruch.) Der deutsche Reichsaussenminister Dr. Curtius hielt heute in der Völkerbundsversammlung eine Rede, in der er zunächst für die vom Präsidenten und anderen Mitgliedern dem Außenminister Stresemann gewidmeten Worte dankte und lobte u. a. ausführte:

Sie werden verstehen, daß ich mir heute, wo ich zum ersten Mal die Ehre habe, Deutschland in der Völkerbundsversammlung zu vertreten, die Ausführungen vergangenwärtige, mit denen Stresemann vor vier Jahren vor den Völkerbund trat und daß ich an die Erwartungen denke, mit denen das deutsche Volk damals diesen bedeutungsvollen Schritt begleitete. Ich sage ganz offen, daß für uns die gesamte internationale Entwicklung seitdem manche Enttäuschung gebracht hat, aber ich kann trotzdem feststellen, daß die grundsätzliche Haltung Deutschlands gegenüber dem Völkerbunde heute wie damals eine durchaus positive ist. In den bedeutungsvollen Reden, die wir in dieser Debatte gehört haben, ist eine Reihe von großen, schwierigen und dringenden Aufgaben, die vor uns liegen, schon klar gekennzeichnet worden. Es kann nicht überraschen, daß dabei allererste Sorgen offenen Ausdruck gefunden haben. Wenn aber dabei hier die Möglichkeit angedeutet worden ist, daß die heutigen Zustände in ihrer weiteren Entwicklung sogar zum äußersten, zum Kriege führen könnten, so halte ich es für unbedingt geboten, auch den lösen Gedanken an solche Möglichkeiten vor vornberein auszuschalten. Ich zweifle nicht, daß wir alle darin einig sind. Der letzte Entschluß, jeden Kriegsgedanken zu verbannen, bedingt auf der anderen Seite, daß anstelle des Krieges andere Mittel gefunden und angewendet werden müssen, um den vorhandenen oder neu auftretenden Problemen gerecht zu werden. Denn die Gewinnung auf die Notwendigkeit der Erhaltung des Friedens darf nicht zu einer Ignorierung der Fragen führen, die einer Lösung bedürfen.

Ich kann in diesem Punkte nur in vollster Uebereinstimmung den Worten zustimmen, die wir vor einigen Tagen von dem Herrn Vertreter Frankreichs gehört haben. Niemand darf den Völkerbund, so sagte Herr Briand mit vollem Recht, für eine Strömung einer Idee verschreiben, mögen solche Strömungen und Ideen zunächst auch noch so beunruhigend erscheinen. Der Völkerbund müsse — auch das finde ich völlig zutreffend — in allen solchen Fällen die Führung übernehmen; er dürfe keine Verantwortungen übernehmen. Ich halte das bei allen grundsätzlichen Erörterungen über den Völkerbund für den entscheidenden Punkt. Das Gefühl des Völkerbundes und seines Wertes müsse zugleich fest und weit genug sein, und wirksam und entschlossen angewendet werden, um allen Möglichkeiten zu begegnen und eine friedliche Regelung auch in schwierigen und ernsten Situationen zu sichern.

Zur Erfüllung der im Völkerbunde obliegenden Aufgaben beitragen, ist auch im vergangenen Jahr das Begehren der deutschen Regierung gewesen. Wir haben dabei, wie bei früheren Gelegenheiten die Auffassung vertreten, daß unsere Arbeit an der Organisation des Friedens darauf gerichtet sein muß, den Krieg nicht in erster Linie durch Vorbereitung von Repressivmaßnahmen, sondern durch vorbeugende Mittel zu verhindern. Wir haben den Grundgedanken betont, daß es nicht mit dem bloßen Verbot des Krieges getan ist, sondern, daß es darauf ankommt, die Konfliktsursachen zu beseitigen und Vorkehrungen für die friedliche Schlichtung aller Arten von Meinungsverschiedenheiten zu treffen.

An diesen Grundgedanken halten wir fest, da wir bekräftigen müssen, daß ihre Vernachlässigung die ganze Völkerbundstätigkeit in eine falsche Richtung drängen würde. In diesem Sinne scheinen wir die Ergebnisse der Beratungen des

Sicherheitskomitees und des zur Angleichung der Völkerbundsstatuten an den Völkerbundsstatuten eingesetzten Juristenkomitees geeignete Grundlage zu sein, die einen wertvollen Ausbau des Systems der Friedensgarantien darstellten würden.

Im Zusammenhang hiermit steht die Abrüstung. Es ist unendlich, über diese Frage noch Worte zu verlieren. Auf die Darlegungen, die die deutsche Delegation darüber hier seit vier Jahren macht, sind keine entscheidenden Tatsachen gefolgt. Der Stand der Dinge kann nicht zureichender gekennzeichnet werden, als dies in den hochbedeutungsvollen Ausführungen des Herrn Vertreters Großbritanniens geschehen ist. Wir müssen uns aber die völlige Unhaltbarkeit dieser Lage einig sein und es als eine Selbstverständlichkeit betrachten, daß die Abrüstungskonferenz nun endlich im Laufe des nächsten Jahres zusammentritt.

Die Grundzüge, mit denen die deutsche Regierung vor die Konferenz treten wird, sind oft dargelegt. Wir erwarten eine gerechte, der Sicherheit aller Staaten Rechnung tragende Lösung, volle Publizität und Erfüllung aller Abstützungsfaktoren, fühlbare Verminderung der Rüstungen auf der ersten Abrüstungskonferenz und anschließend weitere Schritte zur Abrüstung in kurzen Etappen.

Ein weiteres Problem, dem die deutsche Regierung große Bedeutung beimißt, ist die auch schon von anderer Seite berührte Minderheitenfrage. Wenn die Erfahrungen seit dem verfloßenen Jahr vielleicht noch keine endgültige Antwort auf die Frage gestatten, ob die in Madrid beschlossenen Verbesserungen des Verfahrens zur wirksamen Durchführung der Garantie des Völkerbundes für den Schutz der Minderheiten ausreichen, so halte ich es doch für notwendig, daß die Bundesversammlung nicht einfach die Weiterentwicklung abwartet, sondern, daß sie sich schon jetzt und weiterhin fortlaufend mit der Frage beschäftigt. Aus diesem Grunde habe ich die Ueberweisung der Minderheitenfrage an die letzte Kommission beantragt, und damit ein Verfahren wieder aufgenommen, das hier meines Wissens bereits in früheren Jahren befolgt worden ist. In der Kommission wird sich die Gelegenheit bieten, an den einzelnen Punkten des Minderheitenschutzes, insbesondere zu der Behandlung der eingegangenen Petitionen Stellung zu nehmen. Von dieser Stelle aus möchte ich nur noch einmal betonen, daß es sich bei der ganzen Behandlung der Minderheitenfragen nicht um die Vertretung irgendwelcher Sonderinteressen handelt, sondern um ein wichtiges Element für die Sicherung des Friedens, ein Element, an dem alle Völkerbundsmitglieder in gleicher Weise interessiert sind.

Die Gesamtdiskussion über die Fragen, die durch die gegenwärtige internationale Situation aufgeworfen werden, ist unter einem neuen Gesichtspunkt gerückt worden durch die Einbringung der Frage einer europäischen Kooperation in die Verhandlungen des Völkerbundes. Ich schließe mich dem Danke vieler Redner für den Staatsmann an, dem es gelungen ist, diese Idee aus der privaten Propaganda in den Pflichtkreis der verantwortlichen Regierungen zu überführen. Kein Land fühlt stärker als Deutschland den Druck und die Gefahr der gegenwärtigen Situation Europas. Nach vielen Jahren einer unter schweren Opfern durchgeführten Politik der Verständigung sieht sich Deutschland gleichwohl auch heute noch in einer Lage, die seiner Regierung Anlaß zu erster Besorgnis gibt. Das wäre nicht möglich, wenn es schon früher zu einer internationalen

Kooperation im wahren Sinne des Wortes gekommen wäre. Es dürfte der allgemeinen Auffassung entsprechen, daß das Problem vor weiteren Entscheidungen in keiner Weise läßt einem Studienkomitee zu überweisen, zu dem nach meiner Ansicht alle die Staaten hinzuzuziehen wären, deren Beteiligung für die sachliche Förderung des Problems erforderlich ist.

Der Reichsaussenminister ging im weiteren Verlauf seiner Rede auf die wirtschaftlichen Fragen und die Folgen der allgemeinen Wirtschaftskrise ein und führte dazu u. a. aus: Die Krise ist wie ein Elementarereignis über uns gekommen. Deutschland ist von ihr härter betroffen als andere Länder. Es war selbstverständliche Pflicht der deutschen Regierung, einen Schutz gegen Ueberschwemmungen mit landwirtschaftlichen Produkten aus anderen Ländern zu erwirken, die den Ruin der Landwirtschaft nach sich ziehen mußte. Es ist auf die Dauer kein erträglicher Zustand, daß sich der einzelne europäische Staat, — gleichviel ob er groß oder klein ist — für sich allein in einer solchen Notlage nicht anders schützen kann als durch autonome Zollmaßnahmen, auch wenn andere europäische Staaten dadurch tief betroffen werden. Zur rechten Zeit kommt daher der Vorschlag einer europäischen Kooperation, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet. Die deutsche Regierung ist bereit, alle dahingehenden Vorschläge mit größter Sorgfalt zu prüfen und sich an allen Arbeiten aktiv zu beteiligen. Zollunionen, Präferenzzoll und Kontingente werden dabei eine große Rolle spielen. Wir sind insbesondere damit einverstanden, daß die Weltbegünstigung in ihrem Verhältnis zum System der Zollkontingente geprüft wird.

Die deutsche Delegation behält sich ihrerseits vor, neben anderen Fragen auch die Frage des Kapitalverkehrs aufzuwerfen. Geld und Kapital sollten in ganz anderer Weise als jetzt zweckmäßig verteilt werden, daß sie überall die Gütererzeugung und Verteilung befördern. Es ist ein unabweisbarer Zustand, wenn in einigen Ländern Ueberfluß an Geld und Kapital besteht und kaum nützliche Anwendung finden kann, während in anderen Ländern ungenutzte hohe Zinsen gezahlt werden müssen. Wenn wir von wirtschaftlicher Einigung Europas sprechen, und diese in weitestem Sinne verstehen, so heißt das nichts anderes als europäische Wirtschaft und Zollunion. Wärsich ein fähiger Gedanke, sich herzustellen, daß die europäischen Staaten einmal in Zukunft ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ohne innere Zollgrenzen bilden könnten. Der von uns vorgeschlagene, den Wunsch auszusprechen, daß sich Wege finden lassen, diesen Gedanken zu verwirklichen. Herr Bundeskanzler Schuber hat auf den Weg regionaler Verständigung hingewiesen und zunächst einen Zusammenschluß zwischen denjenigen Staaten empfohlen, zwischen denen die Verschiedenheit der Voraussetzungen geringer ist als zwischen der Gesamtheit der europäischen Staaten. Die deutsche Delegation hat diese interessante Anregung lebhaft begrüßt, sie wird sich an der Verfolgung des Gedankens aktiv beteiligen. Es kann sich bei dieser Aufgabe nicht darum handeln, um Zollunionen zu schaffen oder sich kleine Vorteile für einige Jahre zu sichern, sondern es handelt sich darum, einen langen Abschnitt der europäischen Wirtschaftsgeschichte abzuschließen, der durch gegenseitige Abregelung und durch den Kampf aller gegen alle gekennzeichnet war.

Die Rede des Reichsaussenministers wurde verschiedentlich durch den lebhaften Beifall der Versammlung unterbrochen.

Korrektur des Wahlergebnisses.

Berlin. Nach den im Laufe des Tages beim Reichswahlleiter eingegangenen ergänzenden Mitteilungen stellt sich die Gesamtzahl der gewählten Abgeordneten auf 576, nämlich:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands	143
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)	107
Kommunistische Partei Deutschlands	78
Deutsches Zentrumspartei	68
Deutschnationale Volkspartei	41
Deutsche Volkspartei	30
Wirtschaftspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes	22
Deutsche Sozialpartei	20
Papierische Volkspartei	19
Deutsches Landvolk	18
Christlichsozialer Volksdienst	14
Deutsche Bauernpartei	8
Konservative Volkspartei	5
Deutsch-hannoversche Partei	3
Landvolk	2

Innerhalb der 36 Sitze, die auf die drei Gruppen Deutsches Landvolk, Konservative Volkspartei und Deutsch-

hannoversche Partei zusammen entfallen sind, kann sich unter Umständen noch eine Verschiebung ergeben.

Die Gesamtzahl der gültigen Stimmen ist bisher auf 24 952 689 ermittelt gegenüber 20 728 762 bei der Reichstagswahl 1928.

Einmütigkeit des Kabinetts über die Durchführung des Regierungsprogramms.

Berlin. (Funkpruch.) Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning trat heute das Reichskabinett in einen Meinungsäustausch über die durch die Wahlen geschaffene politische Lage ein. Es bestand die einmütige Auffassung, daß die Reichsregierung das im Sommer im Angriff genommene Programm einer sachlichen Arbeit mit allem Nachdruck zu fördern hat, daß dem Reichstag bestimmte Vorlagen angeleitet werden können.